

Quelle: <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20240913IPR23906/die-ukraine-muss-legitime-militarische-ziele-in-russland-angreifen-können>

Die Ukraine muss in der Lage sein, legitime militärische Ziele in Russland anzugreifen, so die Abgeordneten

Pressemitteilung

PLENARTAGUNG

Die Abgeordneten (des Europäischen Parlaments, StB) fordern die EU-Länder auf, Einschränkungen aufzuheben, die die Ukraine daran hindern, westliche Waffen gegen legitime militärische Ziele in Russland einzusetzen.

Die am Donnerstag mit 425 Ja-Stimmen, 131 Nein-Stimmen und 63 Enthaltungen angenommene Entschließung besagt, dass ohne die Aufhebung der derzeitigen Einschränkungen die Ukraine ihr Recht auf Selbstverteidigung nicht in vollem Umfang ausüben kann und Angriffen auf ihre Bevölkerung und ihre Infrastruktur ausgesetzt bleibt.

Das Parlament betont, dass unzureichende Munitions- und Waffenlieferungen und Einschränkungen ihres Einsatzes die bisher unternommenen Anstrengungen untergraben könnten, und bedauert dass der Umfang der bilateralen militärischen Hilfe der EU-Staaten für die Ukraine zurückgeht. Die Abgeordneten wiederholen ihre Aufforderung an die Mitgliedstaaten, ihrer Zusage vom März 2023 nachzukommen, der Ukraine eine Million Schuss Munition zu liefern, und die Lieferung von Waffen, Luftabwehrsystemen und Munition, einschließlich des Marschflugkörpers TAURUS, zu beschleunigen. Sie bekräftigen auch ihre Position, dass alle EU-Länder und NATO-Verbündeten gemeinsam und individuell sich verpflichten sollten, jährlich mindestens 0,25 % ihres BIP für die militärische Unterstützung der Ukraine aufzuwenden.

EU-Sanktionen müssen beibehalten und ausgeweitet werden

Die Entschließung fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Sanktionen gegen Russland, Belarus sowie Drittländer und Organisationen, die Russland mit

militärischen Technologien und Gütern mit doppeltem Verwendungszweck versorgen, beizubehalten und auszuweiten. Die Abgeordneten verurteilen die jüngste Weitergabe ballistischer Raketen durch Iran an Russland und fordern eine Verschärfung der Sanktionen gegen sowohl Teheran als auch Nordkorea angesichts ihrer militärischen Unterstützung des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine. Sie wollen auch, dass weitere chinesische Personen und Organisationen auf die EU-Sanktionsliste gesetzt werden, sowie härtere Maßnahmen zur systematischen Bekämpfung der Umgehung von Sanktionen durch in der EU ansässige Unternehmen, Dritte und Drittstaaten.

Russische Staatsvermögen beschlagnahmen, um die Ukraine für die Zerstörung zu entschädigen

Während sie die EU und ihre Mitgliedstaaten auffordern, tatkräftig darauf hinzuarbeiten, eine möglichst breite internationale Unterstützung für die Ukraine zu erreichen und eine friedliche Lösung für den Krieg zu finden, sagen die Abgeordneten, dass jede Lösung auf der uneingeschränkten Achtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine beruhen muss. Sie betrachten auch die Rechenschaftspflicht für russische Kriegsverbrechen und Reparationen und andere Zahlungen Moskaus als wesentliche Aspekte jeder Lösung. Zu diesem Zweck wollen die Abgeordneten, dass die EU und gleichgesinnte Partner eine tragfähige rechtliche Regelung für die Einziehung der von der EU eingefrorenen staatlichen Vermögenswerte Russlands schaffen, um die Ukraine für die massiven Schäden zu entschädigen, die sie erlitten hat.

Die vollständige EntschlieÙung wird [hier verfügbar sein](#) (19.09.2024)